

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ordnungsgeld mit Übernahme der Gew- und Festgabe nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Wochenspendung monatlich 20 M., durch unsere Kreisräte eingetragen in der Stadt monatlich 20 M., auf dem Lande
25 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 70 M. mit Zustellungsgeld. Die Postämter und Poststellen sowie
unser Kreisrat und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle eines Krieges, Krieges aber
sonstiger Zustellungsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20 M. für die 6 spaltenige Standardzeile über dem Namen, Namen, die 2 spaltenige Standardzeile 20 M.
Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von
Behörden) die 2 spaltenige Standardzeile 20 M. Nachweisungsgebühr 20 Pf. Kapitalanträge 10 M. demnach
10 M. für die Abfertigung der durch Herrn Obermüller angelegten Übersichten wie diese. Jeder Absatz
anpruch 20 M., wenn der Betrag durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruchlos gebl.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Döhlen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 100

Sonnabend den 29. April 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Auf Blatt 186 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Arthur Hauzner & Co.** in Wilsdruff eingetragen worden. Persönlich haftende Gesellschafter derselben sind der Möbelfabrikant **Otto Rudolf Arthur Hauzner** u. Frau **Marie Ida Kathinka verehel. Hauzner geb. Schäly**, beide in Wilsdruff. Die Gesellschaft hat am 26. April 1919 begonnen. Angegebener Geschäftsweig: Möbelfabrikation mit Kraftbetrieb und Möbelfhandel.

Amtsgericht Wilsdruff, am 23. April 1922.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, die Strompreise wie folgt zu erhöhen:
vom 1. April 1922 an Lichtstrom 6 M., Kraftstrom 5 M. für die Kilowattstunde,
vom 1. Mai 1922 an Lichtstrom 8 M., Kraftstrom 7 M. für die Kilowattstunde.
Wilsdruff, am 28. April 1922. Der Stadtrat.

Vom 2. bis 30. Mai 1922 sollen die **Schornsteine** im hiesigen Stadtbezirke gereinigt werden.
Wilsdruff, am 26. April 1922. Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Lloyd George hat in Genoa vorgeschlagen, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrages zu einer besonderen Beratung der Sanktionenfrage zusammenzutreten sollen.
- * Durch die ablehnende Haltung der Russen ist in Genoa eine neue Spannung eingetreten. Lloyd George betrachtet die Lage als überaus ernst.
- * Nach Pariser Meldungen kann das internationale Bankentourforum als gescheitert angesehen werden.
- * Die Sitzungen des Reichstages werden voraussichtlich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, da Dr. Wirth und Dr. Rathenau wahrscheinlich noch längere Zeit in Genoa bleiben müssen.
- * Die Übergabe des abgetretenen Teiles von Oberschlesien an die Polen soll nach neueren Meldungen erst Ende Mai erfolgen.
- * In Japan hat ein schweres Erdbeben große Verheerungen angerichtet.

„Gottesfrieden!“

Auch das ist schon einmal dagewesen. Allerdings ist eine kritische Reihe von Jahrhunderten darüber hinweggegangen, seit im grauen Mittelalter zuerst in Frankreich ein Kirchengebot erging, daß zu bestimmten Zeiten alle Kriege zu ruhen hätten und dieser Friede die damals nicht weniger als heute kampft- und streitlustigen Zeitgenossen unter seine Fittiche nehmen sollte. Das Wort, Rauben und Plündern wurde dadurch zwar nicht aus der Welt geschafft, die einzelnen Streitfälle nicht durch endgültigen Frieden beendet, nur ein Aufschub, eine Unterbrechung, eine Pause zum Atemholen konnte dieser von der Kirche verordnete Friede sein, und mehr als das wagt auch heute der Mann nicht zu fordern und zu hoffen, der jetzt diesen alten Gedanken in richtiger Bewertung seiner Jugkraft und seines propagandistischen Werbevermögens wieder neu belebt hat. Lloyd George will um jeden Preis die Konferenz von Genoa mit einer Friedensresolution, ja mit mehr als einer solchen, mit einer feierlichen Verpflichtung aller Mächte, auf zehn Jahre ihre Grenzen gegenseitig völlig unangefastet zu lassen, noch ausser hin glanzvoll beenden und krönen. Die Verhandlungen über diesen „europäischen Pakt“ nehmen gegenwärtig das Hauptinteresse der Genueser Konferenz in Anspruch, und es sind bereits zwei verschiedene Fassungen dieses Friedensentwurfs ausgearbeitet worden. Die weitergehende ist die englische Form, die neuerdings sogar auf die zehnjährige Beschränkung verzichtet und die — was für Deutschland der wichtigste Kernpunkt der ganzen Idee sein muß — keinerlei Bestimmungen über die künftige Anwendung von Zwangsmaßnahmen enthält. Die italienische Fassung dagegen bleibt bei der zehnjährigen Dauer bestehen und schreibt auch im Anschluß an den Versailler Vertrag vor, daß „Sanktionen“ in solchen Fällen möglich sein sollen, in denen eine böswillige Verletzung des Friedensvertrages nachgewiesen wird.

Die deutsche Delegation in Genoa hat bis jetzt weder von dem einen noch von dem andern Entwurf amtliche Kenntnis erhalten, und es scheint, als ob auch hier, wie bei den russisch-österreichischen Verhandlungen vor dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages, wieder der Versuch gemacht wird, uns vor vollendete Lausaden zu stellen. Trotz der Bedenken, die sich daraus ergeben, haben diese Beratungen über die Idee des Gottesfriedens für und besonders deshalb eine sehr erhebliche Bedeutung, weil die Sanktionsfrage darin angeschnitten worden ist. Die Zwangsmaßnahmen, die mit diesem berühmtesten Namen bezeichnet werden, und die bekanntlich in Döhlen, Döhlen und Anhalt heute noch bestehen, sind ja ein untrennbarer Bestandteil der Wiedergutmachungsfrage, denn nur aus Differenzen über das Reparationsproblem leitet sich die Forderung solcher Maßnahmen her. Somit ist ganz klar, daß die von der Genueser Konferenz so streng verbotene Erörterung der Zahlungsfrage nun doch noch, wenn auch zunächst nur von der negativen Seite her, in die Debatte gezogen wird. Es ist ganz sicher, daß die Franzosen, die sich jetzt im Gegensatz zu ihren mittelalterlichen Vorfahren, am längsten gegen den „Gottesfrieden“ sträubten, hiergegen Widerstand leisten werden, und deshalb haben auch die Italiener, denen an einem sichtbaren Erfolg der Konferenz am meisten gelegen ist, ihrem Vorschlag eine Fassung gegeben, die den französischen Einwendungen so weit als möglich entgegenzukommen vermag.

Vorläufig herrscht der zur ganz Europa so eifrig angestrebte Friede allerdings noch nicht einmal am Ort dieser Friedensverhandlungen, in Genoa selbst. Sogar Lloyd George ist keineswegs hoffnungsvoll. Er erklärte den englischen und amerikanischen Journalisten in Genoa, Europa sei voll von ungelösten Fragen, von denen jede einzelne die Möglichkeit eines europäischen Brandes in sich schließe. Rußland und Deutschland, die zwei Drittel von Europa bilden, händen dem übrigen Teil in gewisser Beziehung entgegengekehrt gegenüber, und jedermann, der sich einbilde, man könne die zwei Drittel Europas durch irgendeine Kombination niederhalten, sei verückt. Wörtlich sagte er dann: „Für den Augenblick gehören wir zu der triumphierenden Gruppe, aber wenn unser Triumph in Unterdrückung ausartet, so bleibt die Sache nicht aus, und Europa schwimmt noch zu Lebzeiten so weisheitsreicher Männer wie ich einer hin, wieder in Blut.“ Das klingt nicht nach „Gottesfrieden“, und Lloyd George bemüht sich, neue Wege zu finden. Er beschränkt vor allem ein Auseinanderfallen der englisch-französischen Entente und hat daher den Vorschlag gemacht, daß sich alle Unterzeichner des Vertrages von Versailles alsbald in Genoa versammeln, um über das Problem der Sanktionen, ihre Anwendung und ihre Begründung sich für allemal schlichtig zu werden. Er will trotz bringender Geschäfte in London, wo die Stimmung immer weniger französischerfreundlich geworden ist, seinen Aufenthalt in Genoa noch um 10 bis 14 Tage verlängern und den Ort nicht verlassen, bevor er sein Werk unter Dach und Fach gebracht hat.

Zu dieser neuen andersartigen Zusammenkunft in Genoa, die vielleicht in Gestalt einer Sitzung des Obersten Rates stattfinden und die Lloyd George mit äußerster Energie betreibt, da er bereits die Gefahr eines neuen Weltkrieges in bewegten Worten schilderte, braucht der englische Staatsmann allerdings vor allem die Zustimmung seines französischen Kollegen Poincaré. Dieser hat auf die Einladung hin Ja und Nein in einem Atemzuge gesagt. In Paris erklärt man, daß der französische Ministerpräsident der Einberufung des Obersten Rates nur unter einer der folgenden Bedingungen zustimmen könne: entweder müßte die Zusammenkunft in Genoa stattfinden, und zwar frühestens am 7. oder 8. Mai, da Poincaré erst nach der Rückkehr des Präsidenten der Republik daran teilnehmen könnte, oder die Zusammenkunft müßte, falls sie früher stattfinden sollte, in Paris abgehalten werden. Poincaré weiß, daß für Lloyd George der eine Fall so unbequem ist wie der andere. So ist im Augenblick fast eines weiteren Schrittes auf dem Wege zum Gottesfrieden zunächst nur eine neue trübselige gespannte Situation geschaffen, und niemand weiß, was für ein Schicksal dieser Konferenz der Überraschungen letzten Endes beschieden sein wird.

Deutschlands Friedenswille.

Auf Grund des neuen Vorschlages Lloyd Georges, eine Sitzung des Obersten Rates in Genoa abzuhalten, scheint es nun doch noch zu einer Erörterung des Reparationsproblems in Genoa, wenn auch nicht im Rahmen der Konferenz selbst, zu kommen. Allerdings soll Deutschland dem Bescheid nach von dieser Beratung ausgeschlossen bleiben. Dennoch ist es notwendig, daß der Reichskanzler und Dr. Rathenau in Genoa bleiben. Deutschland hat, wie in Genoa zur Frage des deutsch-russischen Vertrages erneut betont wird, nicht die Absicht, eine gegen das übrige Europa gerichtete Föderation zu schaffen, sondern betrachtet den deutsch-russischen Vertrag als einen Baustein zur allgemeinen Einigung mit Rußland und sein ganzes Bestreben auch in Genoa ist darauf gerichtet, die Einigung vorzubereiten und durchzuführen zu helfen. Ob das gelingt, hängt natürlich sehr von den Russen selbst ab. Zischlischein erklärte, daß eine Einigung über die Forderung der Alliierten, die nationalrussischen Güter zu erledigen, nicht zu erzielen sein werde. Die Sowjetdelegation werde in diesem Punkte nicht nachgeben, da diese Bedingung die Existenz der Sowjets selbst antaste.

Die zwei Lager Europas.

Der amerikanische Finanzmann Vandenberg, der jetzt aus Genoa nach Berlin gekommen ist, schreibt über seine Eindrücke u. a.: Europa sei in zwei Lager geteilt. In dem einen ständen die Nationen mit großer Industriebevölkerung und ausländische Lebensmittelpflicht sowie der ausländischen Märkte, die des Friedens bedürften. Diese Gruppe umfasse England, Deutschland, Skandinavien, Belgien, Italien und die Niederlande. Die entgegengelegte Gruppe, die unter Leitung Frankreichs stehe, um der Polen, Jugoslawien und Rumänien angehöre, verfolge ausschließlich imperialistische und militärische Tendenzen.

Oberschlesiens Schicksal.

Übergabe nicht vor Ende Mai.

Der Aufbruch der Interalliierten Kommission an die Bewohner Oberschlesiens, der den Zweck hat, die Bevölkerung auf die nahe bevorstehende Übergabe der Gebietsteile an Deutschland und Polen aufmerksam zu machen und sie ermahnt, Ruhe zu bewahren, kann nicht dahin verstanden werden, daß die Übergabe bereits in den nächsten Tagen erfolgt. Das noch mehr als vierteljährliche Verhandlungen fertigegeleitete Abkommen zwischen Deutschland und Polen bedarf noch der Ratifikation des deutschen und des polnischen Parlaments. Inzwischen beginnen am 4. Mai die Besprechungen für die Vorbereitung der Übergabe, für die nach dem Versailler Vertrag eine vierwöchige Frist gesetzt ist. Die tatsächliche Übergabe wird also nicht vor Ende Mai erfolgen können.

Neue Drohungen aus Paris.

Die Pariser Vorkonferenz hat noch einer Nachmeldung den deutschen Vorkonferenz gebeten, bei seiner Regierung den Antrag zu stellen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen zur Ausfindigmachung und Überweisung derjenigen Personen an die Interalliierte Kommission in Oberschlesien, die der Teilnahme an den Ereignissen in Petersdorf beschuldigt werden und nach Deutschland geflüchtet sind. Die Konferenz besteht darauf, daß diesem Antrage unverzüglich Folge geleistet wird, weil jede Verzögerung geeignet wäre, die Frage der Verantwortlichkeit der deutschen Behörden auszuwerfen, da sie dadurch sich dem Vorwurf aussetzen, die Nichtaburteilung der Schuldigen zu begünstigen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Teuerungsforderungen der Beamten.

Am 1. Mai beginnen in Berlin die neuen Besprechungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamten und Arbeiter über die neue Teuerungsfaktoren. Besprechungen der einzelnen Beamtenvereinigungen und Arbeiterorganisationen haben stattgefunden, in denen die Festlegung gemeinsamer Forderungen beschlossen worden ist. Ein endgültiges Ergebnis wurde noch nicht erzielt, da man zunächst das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Finanzministern der Länder abwarten will. Es wird sich jedoch in der Hauptsache darum handeln, daß ein Zuschlag zu den bestehenden Teuerungsforderungen und Sonderzuschlägen gefordert wird.

Hefferrichs Anerkennung für Wirth.

Ein Vertreter des Pariser Blattes „Excelsior“ in Berlin hatte eine Unterredung mit Dr. Hefferrich. Dieser sagte dabei u. a.: Solange die Verbündeten das Rheinland besetzt hielten, sei an eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen nicht zu denken. Hefferrich führte weiter aus, die deutsche Regierung habe alles getan und tue alles, um die ihr auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn er auch persönlich gegen Wirth sei, müsse er doch zugeben, daß eine andere Regierung nicht mehr tun könne.

Die „Machtvollkommenheit“ der Besatzungsgruppen.

Der belgische Kriegsminister und der französische Kriegsminister haben sich gemeinsam nach Hamburg begeben. In einer Ansprache sagte der belgische Kriegsminister u. a.: Die Befehle des Interalliierten Oberkommandos begründen das Recht und die Pflicht der Besatzungsgruppen, im ganzen Bereich ihrer Verbindungslinien über die Sicherheit der einzelnen Truppenkörper sowohl als die des gesamten Verbandes zu wachen. Diese Machtvollkommenheit, an die die ganze Existenz der Truppen gebunden ist, vermag keine Beschränkung zu ertragen. Es ist daher Sache der Einwohnere selbst, dafür zu sorgen, daß kein Anlaß die verantwortlichen Führer zwingt, von der ihnen verliehenen Machtvollkommenheit Gebrauch zu machen.

Aufnahme der Beziehungen mit Rußland.

Aus Moskau wird gemeldet, daß infolge des Vertrages von Kopenhagen der deutsche diplomatische Vertreter in Moskau, Professor Wiedemann, und der Stellvertreter Tschischewski, Karaden, die sofortige Wiederaufnahme der völkerrechtlichen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in vollem Umfange beschlossen